

Solidarisch Wirtschaften mit lokalen und regionalen Ökonomien: Nischen – Alternativen – Herausforderungen¹

Lokales und regionales Wirtschaften liegt im Trend. In Diskussionen um wirtschaftliche Alternativen gilt die Rückbesinnung auf das Lokale und Regionale oft als Alternative angesichts einer Mensch und Natur zerstörenden globalen Wachstumswirtschaft. Im Folgenden werde ich, nach einer kurzen Einführung, zuerst auf lokales und regionales Wirtschaften, Begriffe, Herausforderungen und einige praktische Aspekte eingehen. Anschließend werde ich ein paar Beispiele dieses Wirtschaftens – teilweise auch außerhalb Deutschlands – aus verschiedenen Lebensbereichen unter dem Aspekt Solidarischer Ökonomie kritisch reflektieren. Ergänzend stelle ich kurz weitere Diskursfelder lokalen und regionalen Wirtschaftens dar, und schließe mit Überlegungen zu Perspektiven und Herausforderungen.

Meinen Beitrag verstehe ich zum einen als Ermutigung, weil ich zeigen möchte, dass eine andere als die herrschende Wirtschaftsweise möglich ist. Dabei begreife ich die Welt als vielfältig und veränderbar, und bin mir bewusst, dass nur wer etwas tut, sich auch vertun kann, Fehler machen und bestenfalls aus diesen lernen kann. Jedoch gibt es kaum etwas, das in unserer Gesellschaft nicht auch der Gefahr ausgesetzt ist, zur Ware zu werden oder für Machtinteressen missbraucht zu werden. Daher liegt es mir zum anderen am Herzen, bei allem Wohlwollen, ja oft Begeisterung für anderes Wirtschaften immer auch eine kritische Perspektive einzunehmen und diese Gefährdungen nie aus dem Blick zu verlieren.

Einführung

Die Begriffe lokal und regional sind räumliche Kategorien, die jedoch weder eindeutig beschreiben, welches Gebiet sie umfassen, noch für sich genommen eine qualitative Aussage über dieses Gebiet machen. Die jeweils lokalen oder regionalen Gegebenheiten unterscheiden sich zum Beispiel danach, ob es sich um städtische oder ländliche Gegenden handelt, ob es Wohlstandsregionen, Armenviertel oder gemischte Gebiete sind. Für die dort Ansässigen ist die Versorgung mit Arbeitsplätzen, Wohnraum, öffentlichem Nahverkehr, Gesundheitseinrichtungen, Schulen, Kultur etc. von Bedeutung. Auch der Tourismus kann eine Rolle spielen.

In den aktuellen Krisenzeiten kann die zunehmende Sehnsucht nach Nähe und Zugehörigkeit zu einem überschaubaren Umfeld als Reaktion auf die unübersichtliche und oft bedrohlich empfundene Weltsituation verstanden werden. Der vertraute lokale Rahmen scheint einen Gegenpol zur Globalisierung zu bieten. Immer mehr Menschen haben angesichts von Entsolidarisierung, Prekarisierung und Vereinzelung das Bedürfnis nach einer alltäglichen Umgebung, in der sie eingebunden in Nachbarschaften oder Gemeinschaften ihr Leben selbst gestalten können. Do It Yourself und Eigenverantwortung sind angesagt. Darin drückt sich einerseits der Wunsch nach Selbstwirksamkeit aus, der sich jedoch andererseits auch neoliberal ausbeuten lässt. So bewegt sich die Renaissance des Regionalen zwischen den Polen Selbstermächtigung und Emanzipation auf der einen, und Individualisierung von Lebensrisiken auf der anderen Seite.

1 Erschienen in: Ronald Lutz (Hrsg.): Globale Herausforderungen – Regionale Entwicklungen. Von Krisen und Aufbrüchen, Erfurter Hefte Bd. 4, Paolo Freire Verlag, Oldenburg, 2016.

Lokale und regionale Ökonomie

Begriffe und Herausforderungen

In Großbritannien war Lokale Ökonomie seit Beginn der 1980er Jahre ein Gegenentwurf zu dem von der damaligen Premierministerin Margaret Thatcher propagierten, vermeintlich alternativlosen Marktfundamentalismus. Dieser gipfelte – neben ihrem berühmten Ausspruch „there is no alternative“ (TINA) – in der Behauptung „there is no such thing like society“, auf deutsch: „so etwas wie Gesellschaft gibt es nicht“. In ihrem Weltbild gab es nur Einzelpersonen und Familien, die jeweils nach ihrem persönlichen Vorteil streben. Dem setzten solidarische kommunal- und regionalpolitische Initiativen Projekte lokalen Wirtschaftens als Selbsthilfe gegen Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Niedergang entgegen.

Eine Forschungsgruppe um Karl Birkhölzer an der Technischen Universität Berlin untersuchte seit Mitte der 1980er Jahre lokale Ökonomien „ausgehend von der Hypothese, daß die Krise auch als Chance für einen Neubeginn, für eine eigenständige lokale (oder regionale) wirtschaftliche Entwicklung begriffen werden kann.“ (Birkhölzer, 2000, Seite 3). Der Mitgründer der New Economics Foundation, James Robertson, definierte 1985 lokale Ökonomie als „lokale Arbeit für lokale Leute unter Verwendung lokaler Ressourcen“ (a.a.O.: „Local Work for Local People using Local Resources“).

Ein anderer, ähnlicher Begriff ist „Gemeinwesenökonomie“. Darunter wird eine Wirtschaft „von unten“ verstanden, die lokale Bedarfe auf der Basis solidarischer Netzwerke erfüllt. Der Begriff kommt aus der kritischen Sozialarbeit, die Menschen mit Empowermentstrategien zu Selbstorganisation und wirtschaftlicher Selbsthilfe befähigen möchte, und gleichzeitig auf eine Kritik und Veränderung entmündigender gesellschaftlicher Verhältnisse abzielt. Wo eine unmittelbare Selbstversorgung gelingt, werden die Unterschiede zwischen Produktion und Reproduktion tendenziell aufgehoben (vgl. Klöck, 1998).

Wirtschaftspolitisch werden regionale Wirtschaftsräume als gestaltbarer Rahmen für Standortentwicklung und notwendige Infrastrukturen definiert. Dabei sind zunehmende Spaltungen zu beobachten. Der weltweite Trend zur Verstädterung geht einher mit Gentrifizierung in Stadtzentren und Verslumung in städtischen Peripherien, ebenso wie mit Disparitäten im ländlichen Raum. Neben einigen prosperierenden Regionen, in denen Unternehmen Arbeitsplätze anbieten und entsprechende Infrastrukturen folgen, befinden sich andere Regionen, insbesondere in Teilen der ostdeutschen Bundesländer, aber zum Beispiel auch in aufgegebenen ehemaligen Industrieregionen im Ruhrgebiet, im Abwärtstrend. Fehlende Arbeitsplätze und der Wegzug jüngerer Menschen korrespondieren mit der Abnahme von Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten, Schließung von Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen, sowie eingeschränktem oder gar vollkommen wegfallendem öffentlichem Nahverkehr.

Die Sehnsucht nach dem „Richtigen“

In Krisenzeiten sehnen sich viele Menschen nach einfachen Lösungen, das war schon vor mehr als 100 Jahren so. In der Lebensreformbewegung zogen Aussteiger*innen aufs Land, um der Industrialisierung und Verstädterung gemeinschaftlich alternative Lebensentwürfe entgegenzusetzen. Sport und vegetarische Ernährung, Naturheilkunde und Reformpädagogik waren Ausdruck fast religiöser Ideale von Natürlichkeit, Körperschönheit und Gesundheit. Die politische Bandbreite reichte von links-sozialistisch und anarchistisch bis rechts-nationalistisch. Große und bekannte Beispiele waren die 1893 in Oranienburg bei Berlin gegründete Obstbaugenossenschaft Eden und seit 1900 in Ascona am Lago Maggiore in der Schweiz die Siedlung Monte Verità (Berg der Wahrheit). Während Monte Verità nur noch als Museum und Kongresszentrum existiert, besteht die Genossenschaft Eden noch heute, allerdings in veränderter Form als reine Siedlungsgenossenschaft.

Das Land Brandenburg war das Zentrum dieser Bewegung (vgl. Voß, 2015-1). Wanderprediger zogen die Menschen mit Rettungsideen in ihren Bann, Populisten hatten leichtes Spiel: „Gewiß, mit dem Ende der Inflationsjahre verliert sich auch die Wirksamkeit jener banal-erhabenen Heilsbringer, aber nur, weil nun ein größerer und begabter Prophet die Bühne betritt. Wenige Jahre später, als die Weltwirtschaftskrise alle schlummernden Dämonen wieder weckt, als wieder verzweifelte, gehetzte, nach Wundern und Erregung hungernde Menschen nach Offenbarung, Glauben und neuer, schützender Gemeinschaft suchen, ist er da, der Trommler, der Meister, der Führer: Adolf Hitler.“ (Schulze, 1983, Seite 20)

Diese Geschichte verpflichtet geradezu, bei aller Begeisterung auch heute kritisch und selbstkritisch zu bleiben, wenn angesichts der vielfältigen Krisen angeblich rettende Ideen medial gehypt werden. Auch die Bezugnahme auf lokales und regionales Wirtschaften kann idealisiert und als Heilslehre missbraucht werden.

Lokal und regional Wirtschaften

Regionale Akteure setzen sich seit 1999 mit dem Aktionsbündnis Tag der Regionen in einigen Bundesländern für den Erhalt der Landschaft, für kleine und mittelständische Handwerksbetriebe und nachhaltiges Wirtschaften ein. Das Bündnis wird getragen von Landwirtschafts-, Umwelt- und Naturschutzorganisationen sowie Kirchen. Daraus entstand 2005 die Regionalbewegung, die sich als Dachverband für regionales Wirtschaften versteht. Sie betreibt das REGIOportal, das in erster Linie der Regionalvermarktung dient.

Mit zunehmender Attraktivität des Lokalen und Regionalen verwenden auch immer mehr profitorientierte Unternehmen diese Bezeichnungen, verkaufen Produkte „aus der Region“, wo oft nicht das drin steckt, was suggeriert wird. Seit 2014 gibt es das zertifizierte Label Regionalfenster, das für Transparenz über die Herkunft von Produkten sorgen soll.

Ob ein Produkt überhaupt als regional produziert angesehen werden kann, hängt auch davon ab, wie genau seine Herstellung untersucht wird. In welchem Maße sind regionale Rohstoffe verwendet worden? Je tiefer die Fragen in den Produktionsprozess eindringen, desto mehr relativiert sich die Regionalität. Woher stammen zum Beispiel die Geräte und Maschinen, die bei der Herstellung eingesetzt werden? Wo wird die benötigte Energie produziert und mit welchen Materialien wurden die lokalen Energieerzeugungsanlagen gefertigt? Und wie sind eigentlich die Menschen, die vor Ort produzieren, in die Lage versetzt worden, dies tun zu können? Woher stammt ihr Wissen und ihre Erfahrung? Womit werden die Ausbildungsstätten gebaut? Ist eine regionale Ausbildung überhaupt möglich und sinnvoll, oder ist nicht Wissen selbst schon längst global? Spätestens wenn Digitaltechnik eingesetzt wird, ist ohnehin die globale Ökonomie mit dabei – also eigentlich überall.

Wenn lokales und regionales Wirtschaften solidarisch gestaltet werden soll, dann lässt sich die globale Ökonomie nicht ausblenden. Nahezu jedes wirtschaftliche Handeln beinhaltet heute gleichzeitig – zumindest indirekt – auch globales wirtschaftliches Handeln. In diesem Sinne ist es eine von vielen Herausforderungen Solidarischer Ökonomien, in die Solidarität der vor Ort Handelnden auch globale soziale und ökologische Aspekte einzubeziehen. Das Lokale oder Regionale ist nicht automatisch besser als alles andere, und unkritischer Regionalismus kann schlimmstenfalls anschlussfähig sein für völkisches Gedankengut.

Die Region dient seit jeher auch völkischen und rassistischen Akteuren als Bezugspunkt politischen Handelns. Nationalsozialistische Ideen von „Blut und Boden“ und von einem einheitlichen „Volkkörper“ werden selten offen formuliert. Zumindest zwischen den Zeilen scheinen sie jedoch zum Beispiel in der „Raumorientierten Volkswirtschaft“ der NPD durch, die auf ihrer Website zum Thema Umwelt schreibt: „Die NPD bekennt sich zu einem umfassenden Schutz unserer Heimat als Lebensraum für Mensch und Tier. ... Das NPD-Konzept der raumorientierten Volkswirtschaft sieht

auch für die Landwirtschaft die Förderung regionaler und lokaler Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten vor.“

So sind es nicht nur Links-Alternative, die aufs Land ziehen, um lokal zu wirtschaften, sondern auch Rechte. Insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern entstehen immer mehr völkische Siedlungen. Die Bewohner*innen gründen landwirtschaftliche oder handwerkliche Betriebe, engagieren sich in der Dorfgemeinschaft, und ihre rassistischen Auffassungen werden oftmals erst nach und nach deutlich. „Ihr Ziel ist die Etablierung einer völkischen Gemeinschaft und der Aufbau eines autarken, nationalen Wirtschaftsnetzwerks.“ (Amadeu Antonio Stiftung, 2014, Seite 3)

Auch die biologische Landwirtschaft ist bei Rechten beliebt. Daher gab der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), Dachverband vieler Bioanbauverbände, in der Resolution „Bio-Branche gegen Rechtsradikalismus“ am 16. Juni 2012 bekannt, dass seine Mitglieder „jeden Versuch (verurteilen), das Prinzip des Öko-Landbaus eines standortgebundenen Betriebsorganismus für rechtsradikale Ideologien zu missbrauchen“ und dass sie entsprechende Unternehmen ausschließen werden.

Ernährungssouveränität

Auf Initiative der Weltbank wurde vor einigen Jahren der Weltagrarat IAAST (International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development) konstituiert. Besetzt mit internationalen Expert*innen und angedockt an die Vereinten Nationen (UN), sollte er herausfinden, wie der Hunger auf der Welt besiegt werden könne. Im Frühjahr 2008 legte er seinen „Weltagrarbericht“ vor und stellte fest, dass nur eine bäuerliche Landwirtschaft, die auf Selbstversorgung in lokalen Strukturen basiert, die wachsende Weltbevölkerung ernähren könne. Nicht allein „Ernährungssicherung“ – also die wichtige Aufgabe, eine ausreichende Versorgung aller Menschen mit Lebensmitteln sicher zu stellen – solle das Ziel internationaler Bemühungen sein, sondern „Ernährungssouveränität“. Damit verwendet erstmals ein UN-Dokument diesen Begriff, der von Via Campesina stammt. „Ernährungssouveränität“ bedeutet, dass jedes Land, jede Gemeinschaft und jede Person das Recht und die Möglichkeit haben soll, die benötigten Lebensmittel selbst zu produzieren oder über deren Produktion zu entscheiden. Via Campesina ist ein internationaler Zusammenschluss von Kleinbäuer*innen, Landarbeiter*innen und Landlosen, der bereits seit Anfang der 1990er Jahre das Recht auf Land und eine kleinbäuerliche Landwirtschaft fordert.

Die landwirtschaftliche Realität entwickelt sich jedoch in die entgegengesetzte Richtung. Auch in Deutschland – insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern – findet zunehmendes „Landgrabbing“ statt: Konzerne und Investoren eignen sich Landwirtschaftsflächen für den monokulturellen Anbau von „Bio“-Energie- und Futterpflanzen an. Während Indigene im globalen Süden oft mit körperlicher Gewalt von ihrem Land vertrieben werden, erfolgt die Vertreibung hierzulande durch ökonomische Gewalt – die Nachfrage nach Ackerland lässt die Kaufpreise explodieren, die Pachtpreise steigen ebenfalls. Immer weniger bäuerliche Betriebe können sich das leisten. Agrokonzerne legen Monokulturen an und zerstören den Boden durch Giftstoffe und den Einsatz schwerer Maschinen.

Zur Ernährungssouveränität gehört auch, das eigene Saatgut zu gewinnen und zu nutzen. Dies versuchen Saatgutkonzerne zu verhindern, indem sie Patente anmelden und genetisch verändertes Saatgut in Verkehr bringen, das nicht vermehrungsfähig ist (vgl. Banzhaf, 2016). Weltweit kämpfen Landwirt*innen für das Recht auf eigenes Saatgut. In Deutschland werden auf saatgutkampagne.org Netzwerktreffen von Saatgut-Initiativen und Bezugsquellen für gentechnikfreies und vermehrungsfähiges Saatgut bekannt gegeben.

Regional und / oder Bio?

Zur Frage, ob regional das neue Bio sei, ließ die Zeitschrift „Schrot und Korn“ im April 2015 zwei Experten zu Wort kommen. Heiner Sindel vom Bundesverband der Regionalbewegung antwortete mit „ja“, denn kurze Wege würden das Klima schützen, und die Verankerung der Hersteller in der Nachbarschaft sei wichtig für eine nachhaltige Regionalentwicklung. Demgegenüber würde Bio durch lange Wege oft verwässert. Dagegen antwortete Jan Plagge vom Anbauverband Bioland mit „nein“, denn unter regional fielen zum Beispiel auch Fleisch aus heimatlicher Massentierhaltung oder gespritztes regionales Obst. Ein Biosiegel würde dagegen Transparenz, Umwelt- und Tierschutz gewährleisten.

Allerdings können auch biologisch wirtschaftende Landwirtschaftsbetriebe den lebendigen Bodenorganismus zerstören, wenn sie in industrieller Anbauweise mit schwerem Gerät arbeiten. So baut zum Beispiel einer der großen Landgrabber, der KTG-Konzern, in Deutschland und Litauen großindustriell Getreide, Gemüse und Energiepflanzen an. Auf der Hälfte der Fläche werden ökologische Lebensmittel sowie gentechnikfreies Soja erzeugt – für den wachsenden Markt veganer Lebensmittel, die KTG ebenfalls selbst herstellt. (vgl. Voß, 2014)

Regional und Bio sind zwei wichtige, aber weder für sich allein noch gemeinsam hinreichende Qualitätskriterien. So umfassen sie zum Beispiel weder die Frage nach den Arbeitsbedingungen noch allgemeine gesellschaftspolitische Aspekte.

Richtig einkaufen?

Der Konsum lokaler und regionaler Produkte gehört zum Lebensstil der LOHAS – derjenigen, die einen Lifestyle of Health and Sustainability pflegen. Das setzt zum einen entsprechende finanzielle Mittel voraus, zum anderen kann es entpolitisiert wirken, wenn suggeriert wird, allein ein solcher strategischer Konsum reiche schon aus, um die Welt zu retten. Diese Suche nach Gewissheiten und dem Wunsch „das Richtige“ zu tun, drückt sich zum Beispiel auch in den Heldenmärkten aus, die seit einigen Jahren aus dem Boden sprießen, und auf denen lokale, ökologische und faire Produkte verkauft werden. „Die Sehnsucht nach Weltrettung ist zur beinahe totalitären Hurra-Veranstaltung geworden“ schreibt die Journalistin Kathrin Hartmann in ihrem Buch „Ende der Märchenstunde“ (Hartmann, 2009, Seite 17). Sie kritisiert, dass sich gutbetuchte Mittelschichtsangehörige mit ihrem individuellen Konsumverhalten in erster Linie von der Masse abheben, ohne jedoch gemeinsam politisch aktiv zu werden.

Einerseits ist es richtig und wichtig, dass Konsument*innen – sofern sie finanziell dazu in der Lage sind – ihre Kaufentscheidungen bewusst und anhand ethischer Kriterien treffen. Andererseits kann dies individuelle oder auch gemeinschaftliche Handeln gesellschaftspolitische Interventionen nicht ersetzen. Zu glauben, dass es möglich sei, sich die Welt schön zu kaufen, gehört zu den populären Irrtümern einer überwiegend mittelschichtigen Lebensstil-Avantgarde.

Solidarisch Wirtschaften

Hätten Menschen sich nicht seit jeher gegenseitig unterstützt und gemeinsam gewirtschaftet, gäbe es die Menschheit vermutlich heute nicht. Menschen tun das, was für ihr Überleben notwendig ist. Seit einigen Jahren ist für gemeinschaftliche wirtschaftliche Selbsthilfe auch in Deutschland der Begriff „Solidarische Ökonomie“ gebräuchlich. Er stammt von dem chilenischen Ökonom Luis Razeto Migliaro, der in den frühen 1980er Jahren wirtschaftliche Selbsthilfe in Krisenzeiten untersuchte. Sie basiert in erster Linie nicht auf Geld oder betriebswirtschaftlichen Kenntnissen, sondern auf dem Miteinander der Beteiligten und ihrer gegenseitigen Unterstützung (vgl. Eder, 2003). Das Ziel und der Antrieb dieser Wirtschaftsweise ist die Erfüllung von Bedürfnissen, nicht die Erzielung von Gewinnen. In Brasilien wird zum Beispiel die Gründung von Genossenschaften zur Bekämpfung von

Hunger und Armut durch ein Netzwerk von Caritas, Universitäten und anderen, sowie durch ein Staatssekretariat für Solidarische Ökonomie unterstützt. In Griechenland hat die Krise viele solidarökonomische Projekte hervor gebracht, zum Beispiel den Direktverkauf von landwirtschaftlichen Produkten in der „Kartoffelbewegung“, die besetzte Fabrik Vio.Me und eine Reihe ehrenamtlich betriebener solidarischer Krankenhäuser.

Weltweit versorgen sich Menschen jenseits des Weltmarktes in wirtschaftlicher Selbsthilfe mit dem Lebensnotwendigen. In der Peoples Economy in Afrika zum Beispiel mit medizinischer Selbstversorgung durch Heilpflanzenanbau, gemeinschaftlicher Anschaffung von Fahrrädern, Gründung von Genossenschaften von Schuhputzer*innen oder Fischer*innen, die den Schulbesuch und notwendige Anschaffungen organisieren, sowie gemeinsamer Produktion und Vorratshaltung von Obst und Gemüse (vgl. Chipakupaku, 2008). Wichtig ist die Kontrolle über die Nutzung der lokalen Ressourcen durch diejenigen, die diese bewirtschaften – ganz im Sinne der Commons-Forschung von Elinor Ostrom (s.u.).

Die lokale Ebene spielt als Basis der Produktion und Verteilung in Solidarischen Ökonomien eine wesentliche Rolle. Menschen sind in der Regel an dem Ort verankert, an dem sie ihren Lebensmittelpunkt haben, und sie sind darauf angewiesen, vor Ort für ihren Lebensunterhalt arbeiten zu können – auch wenn sich das in Zeiten des Internet mit den zunehmenden Online- und Crowdfunding-Tätigkeiten relativieren mag. Aber gerade lebensnotwendige Tätigkeiten der Versorgung und Betreuung lassen sich nicht digitalisieren und brauchen lokale Arbeitskräfte. Demgegenüber ist das Kapital mobil und kann auf der Suche nach profitabler Anlage jederzeit entzogen und anderenorts neu investiert werden.

Eine typische Unternehmensform für die Selbsthilfewirtschaft vor Ort ist die Genossenschaft, die nicht der Profitmaximierung, sondern dem Nutzen ihrer Mitglieder dient. Sie ist kein Selbstzweck, aber Genossenschaften eignen sich oft besser als andere Rechtsformen für gemeinschaftliches, solidarisches Wirtschaften (vgl. Voß, 2015-2). Wichtiger als die Rechtsform ist jedoch das reale, alltägliche Miteinander der Beteiligten, die Art und Weise, wie sie sich aufeinander beziehen und wie sie ihre Dinge im Guten wie im Schlechten miteinander regeln. Diese nicht nur formale, sondern im gemeinsamen Tun gelebte Selbstorganisation und Demokratie wird lokal und regional wirksam.

Beispiele für lokales und regionales Wirtschaften

Lebensmittel selbst anbauen

Beispiele für regional produzierende Genossenschaften sind die bayrische Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft Tagwerk eG und die Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft eG. Die Tagwerk Genossenschaft wurde 1984 gegründet und hat heute etwa 900 Mitglieder. Ihr gehören ungefähr 100 Höfe, Gärtnereien und regionale Bio-Produzent*innen an, und sie betreibt 8 Biomärkte. Die Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft besteht seit 1988 und bietet ihren etwa 500 Mitgliedern die Produkte der ungefähr 30 Mitgliedsbetriebe in einem Mitgliederladen an.

In Orten, die keine Geschäfte mehr haben, entstehen verstärkt Dorfläden, teils als Genossenschaften oder als Wirtschaftsvereine, die in einigen Bundesländern zulässig sind. Im Dorfladen-Netzwerk haben sich über 40 Dorfläden zusammengeschlossen. Nach Angaben des Netzwerks gibt es in Deutschland aktuell über 200 Dorfläden.

Auch in Städten versuchen immer mehr Menschen, durch den Zusammenschluss mit Landwirtschaftsunternehmen ihre Ernährung in die eigene Hand zu nehmen. Sie gründen Gemeinschaften nach dem Muster der Community Supported Agriculture: Eine Gruppe, mitunter 50, 100 oder mehr Personen, finanziert einen Landwirtschaftsbetrieb und übernimmt – in der Regel für eine Jahr – sämtliche Kosten des Betriebs. Dafür bekommt sie die Ernte, die sie untereinander

aufteilt. Damit sind die Produkte keine Waren mehr, die Landwirt*innen können sich ohne finanzielle Sorgen um den Anbau kümmern, und die Gruppe hat ihre eigene Versorgung organisiert. In Deutschland haben sich solche Gemeinschaften seit 2011 im Netzwerk Solidarische Landwirtschaft zusammengeschlossen.

Ein breiteres Verständnis von Solidarität über den Kreis der eigenen Mitglieder hinaus hat zum Beispiel die Genossenschaft Cecosesola im venezolanischen Barquisimeto. Der Kooperativenverbund wurde 1967 gegründet. Das Gemüse aus den Mitgliedsunternehmen – überwiegend kleinbäuerliche Familienbetriebe, aber auch Kooperativen – wird auf Gemüsemärkten zu einem Einheitspreis pro Kilo verkauft. Dadurch ist die Arbeit im Verkauf sehr einfach. Die Märkte sind soziale Treffpunkte und versorgen etwa 50.000 Familien. Die Genossenschaft betreibt auch ein Gesundheitszentrum und ein Bestattungsinstitut, ebenfalls auch für Nichtmitglieder und zu günstigen Preisen (vgl. Cecosesola, 2013).

Nicht alle Bedürfnisse lassen sich regional erfüllen – trotz Klimawandel wachsen beispielsweise in unseren Breitengraden weder Kakao noch Tee oder Kaffee. Unter solidarökonomischen Aspekten stellt sich daher die Frage nach den Auswirkungen auf die lokalen Gegebenheiten dort, wo Produkte für den Konsum hierzulande hergestellt werden. Im Sinne internationaler Solidarität tranken in den 1980er Jahren politisch Engagierte Sandino Dröhnung, den Soli-Kaffee aus Nicaragua. Dafür war damals recht viel Solidarität erforderlich – heute haben die fair und selbstverwaltet gehandelten Kaffees eine hervorragende Qualität. Aber die politische Solidarität ist nach wie vor wichtig, und der selbstorganisierte faire Handel basiert in der Regel auf persönlichen Kontakten zwischen den Produzent*innen im globalen Süden und engagierten Händler*innen hierzulande.

Überwiegend in Städten entstehen seit einigen Jahren immer mehr Gemeinschafts- oder Nachbarschaftsgärten. So gärtner zum Beispiel das Allmende Kontor, das auch als Vernetzungsstelle für Urbane Gärten tätig ist, auf dem stillgelegten Flughafen Berlin-Tempelhof. Ebenfalls in Berlin auf dem Gleisdreieckgelände befindet sich der Interkulturelle Garten Rosenduft, der vor allem kriegstraumatisierte Frauen aus Bosnien und Herzegowina darin unterstützt, in der neuen Heimat Wurzeln zu schlagen. Viele der Gartenprojekte haben eine interkulturelle Ausprägung. Die Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis unterstützt die Gartenbewegung und stellt online eine Datenbank zur Verfügung, in der mehr als 450 Gärten zu finden sind.

Energiewende selber machen

In Deutschland produzieren etwa 800 Energiegenossenschaften mit 200.000 Mitgliedern vor Ort regenerative Energien aus Solar- und Windanlagen. Jedoch stammen die verwendeten Technologien aus globaler Produktion, nur ihr letztendlicher Einsatz erfolgt für den regionalen Markt. Nicht nur die Stromproduktion, sondern auch der Betrieb der Netze wird mitunter von den Menschen vor Ort übernommen. Das bekannteste Beispiel sind die aus der Anti-AKW-Bewegung stammenden „Stromrebell“ mit ihren Elektrizitätswerken Schönau (EWS).

Was in kleineren Orten oder Regionen sinnvoll sein kann, lässt sich jedoch nicht automatisch auf Großstädte übertragen. So hat zum Beispiel die Initiative „Unser Hamburg – Unser Netz“ im Oktober 2013 einen Volksentscheid für die vollständige Rekommunalisierung der Stromnetze gewonnen. Daraufhin bot die Genossenschaft EnergieNetz Hamburg eG an, sich mit 50 Millionen Euro am Netz zu beteiligen. Gleichzeitig bewarb sie sich – gemeinsam mit dem niederländischen Unternehmen Alliander AG – um die Konzession für die Hamburger Stromnetze, ging also in Konkurrenz zur Stadt. Die Netze sind heute in öffentlicher Hand, so wie es die Bürger*innen wollten. Die Genossenschaft konzentriert sich nun auf die Energieproduktion.

In Berlin möchte die Genossenschaft BürgerEnergie Berlin eG nach wie vor das Berliner Stromnetz kaufen. Ihr Ziel begründen sie auf ihrer Website unter anderem mit den Argumenten: „Wir treiben die Demokratisierung unserer Energielandschaft voran, damit Bürgerinnen und Bürger über Strom

und Netze mitbestimmen können“ und „In der Hand der Berlinerinnen und Berliner werden die Gewinne regional wirksam.“ Aber warum sollen nur Genossenschaftsmitglieder mitbestimmen, und nicht alle Berliner*innen? Hinzu kommt, dass diese Mitglieder im gesamten Bundesgebiet leben, so ist zum Beispiel der Gründer von EWS in Baden-Württemberg, Michael Sladek, im Aufsichtsrat der BürgerEnergie Berlin eG. Die ausgeschütteten Gewinne aus dem Netzbetrieb würden also keineswegs in Berlin bleiben. Demgegenüber setzt sich der Berliner Energietisch, ein Bündnis von mehr als 50 lokalen Initiativen und Organisationen, dafür ein, dass die Berliner Stromnetze rekommunalisiert werden. (vgl. Voß, 2012-1)

Im kalifornischen Sacramento entschied die Bevölkerung bereits 1926 mit einem Volksentscheid, dass die Stadtwerke (SMUD) rekommunalisiert werden sollen. Dies konnte erst 1946 umgesetzt werden, weil die privaten Eigentümer so lange dagegen prozessierten. 1989 stimmten die Bürger*innen in einer Volksabstimmung dafür, dass SMUD aus der Atomenergie aussteigt. Obwohl diese Abstimmung nicht bindend war für das Unternehmen, begann es am Folgetag mit der Abschaltung des Atomkraftwerks. Die 1,4 Mio. Einwohner*innen im Versorgungsgebiet gelten als „customer-owner“, das heißt als Eigentümer*innen allein aufgrund ihrer Eigenschaft als Nutzer*innen (vgl. Latza, 2012). Das ist ein grundlegender Unterschied zu einer Genossenschaft, die letztlich auch ein privatwirtschaftliches Unternehmen darstellt, in dem diejenigen die Entscheidungen treffen, die als Mitglieder einen Anteil am Kapital der Genossenschaft übernommen haben.

Ein funktionierendes Gemeinwesen in Zeiten von Peak Oil und Klimawandel strebt die Transition Town-Bewegung mit ihren lokalen Initiativen an. Sie möchten die Energiewende kreativ und gemeinschaftlich voran bringen und widerstandsfähig werden gegen zukünftige Herausforderungen. Seit einigen Jahren ist in diesem Zusammenhang von der Entwicklung von „Resilienz“ die Rede. Darunter wird die Fähigkeit von Individuen oder Gemeinschaften verstanden, auch schwierigste Bedingungen gut oder gar gestärkt überstehen zu können. Wie so vieles haben auch solche Empowermentstrategien mindestens zwei Seiten. Sie können emanzipatorisch wirken und Solidarität fördern, können jedoch ebenfalls als Vorbereitung auf erwartbare Katastrophen und unkritische Aufforderung zur Selbstoptimierung verstanden werden. So tauschten sich auf einer online dokumentierten Tagung „Fit für die Katastrophe?“ von medico international im Juni 2015 kritische Wissenschaftler*innen darüber aus, ob nicht die Idee von Resilienz als Teil neoliberaler Hegemonie zu verstehen sei. Bereits im Vorfeld fragte medico-Geschäftsführer Thomas Gebauer: „Ist nicht in Soldaten, denen jede menschliche Regung abtrainiert wurde und die selbst noch in traumatischen Erfahrungen eine Chance zur Selbstfindung sehen sollen, der Prototyp eines vollends resilienten Menschen auszumachen? An dem selbst noch die extremsten Lebensumstände abprallen? Dessen Widerstandskraft total ist.“ (Gebauer, 2015)

Infrastrukturen der Daseinsvorsorge

Die Energieversorgung ist nicht das einzige Beispiel dafür, wie Menschen vor Ort die Daseinsfürsorge in die eigene Hand nehmen, statt sie globalen Konzernen zu überlassen. Und ebenso wie bei der Energieversorgung gibt es zum Beispiel auch im Wasserbereich sowohl lokale, oft mehr als hundert Jahre bestehende Wassergenossenschaften als auch soziale Kämpfe für die Rekommunalisierung der städtischen Wasserversorgung, wie zum Beispiel in Berlin. Dort konnte der Berliner Wassertisch 2011 mit einem Volksentscheid die Offenlegung der Privatisierungsverträge mit RWE und Veolia erzwingen. Anschließend kaufte die Stadt diesen ihre Anteile am gemeinsamen Wasserunternehmen ab – und zahlte ihnen Hunderte Millionen Euro für entgangene Gewinne. Ein Wermutstropfen für die wasserpolitisch Engagierten. Als vorbildlich gilt die 2010 erfolgte Rekommunalisierung der Pariser Wasserbetriebe. Um die Bevölkerung in grundsätzliche Fragen der Unternehmensführung einzubeziehen, wurde ein bürgerschaftliches Gremium, das Observatoire, eingerichtet. Dieses hat

ein uneingeschränktes Informationsrecht und soll die Wasserbetriebe beraten. Demokratie braucht Zeit, und so leisten überwiegend diejenigen die ehrenamtliche Arbeit, die nicht oder nicht mehr berufstätig sind.

Die Mobilität ist insbesondere in schrumpfenden ländlichen Regionen ein großes Problem. Wo die öffentliche Hand in Zeiten knapper Kassen ihrem Versorgungsauftrag nicht mehr nachkommen kann, und auch private Anbieter kein Geschäft machen können, kommen mitunter ehrenamtlich betriebene Bürgerbusse zum Einsatz. Umgekehrt gelten Infrastrukturen der Daseinsvorsorge, die profitabel bewirtschaftet werden können, als begehrte Anlageobjekte. So plant die Bundesregierung zum Beispiel zur Instandsetzung der Autobahnen und Bundesstraßen die Gründung einer Bundesfernstraßengesellschaft. Diese soll nicht etwa aus günstigen Krediten finanziert werden, sondern stabile Geldanlagemöglichkeit anbieten. Das nützt insbesondere Versicherungsgesellschaften, die mit ihren Altersvorsorgeprodukten (zum Beispiel Riester Rente) Verpflichtungen eingegangen sind, jedoch heute kaum die dafür erforderlichen Zinsgewinne realisieren können.

Der Bereich des Wohnens und der Immobilienbewirtschaftung ist ein weiteres Feld lokalökonomischen Handelns. Auch hier steht oft der Widerstand gegen die Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände im Vordergrund. Große und kleine Wohnungsgenossenschaften gewährleisten seit über 100 Jahren zuverlässig die Versorgung ihrer Mitglieder. Sowohl öffentliche als auch genossenschaftliche Immobiliengesellschaften funktionieren nicht automatisch demokratisch und im Interesse ihrer Nutzer*innen. Jedoch unterliegen sie nicht dem Renditezwang kapitalistischer Unternehmen, die politische Intervention könnte daher aussichtsreicher sein. Im Zusammenhang mit Sozialstaatsabbau, alternder Gesellschaft und der steigenden Anzahl von Flüchtlingen entstehen neue Herausforderungen für eine gesellschaftlich verantwortliche Wohnraumbewirtschaftung.

Technikentwicklung für den Bedarf vor Ort

Der Trend geht zum Selbermachen, und wirft auch die Frage nach bedürfnisorientierter Technologieentwicklung auf. Die wachsende DIY-Bewegung (Do It Yourself) beeindruckt durch ihre fast unüberschaubare Vielfalt. Neben Urbanen Gärten und Offenen Werkstätten können zum Beispiel Repaircafés dazu gezählt werden, in denen sich Menschen gegenseitig – oft mit fachkundiger Anleitung – darin unterstützen, Alltagsgegenstände wieder nutzbar zu machen, statt sie wegzuworfen. Der Bauraum für Low-Tech-Ideen im Berliner Bezirk Grünau entstand zum Beispiel aus einer Projektwerkstatt an der Technischen Universität Berlin. Dort werden technische Lösungen entwickelt, zur umweltfreundlichen Energie- und Wärmegewinnung, oder Trockentoiletten für den Einsatz in Afrika etc. Es sollen bevorzugt lokale Materialien verwendet werden, und die Techniken sollen einfach verständlich sein. Auf High-Tech orientieren sich dagegen Fab Labs und Hackerspaces, in denen vor Ort unter Einsatz digitaler Techniken Einzelstücke produziert werden.

Die Kulturanthropologin Andrea Vetter hat die Berliner Postwachstums- und die Leipziger Degrowth-Konferenz mitorganisiert, und forscht zu konvivialen Technologien. Sie fragt: „Was für eine Welt mit welcher Technik würden wir uns denn wünschen? Welche Materialien sind es uns wert, dass dafür Menschen ihr Leben unter Tage zubringen – und es so manches Mal auch an den Berg verlieren? Was rechtfertigt die Transportkosten und die Emissionen, die bei der weltweiten Verschiffung der Automatenteile anfallen? Wofür wollen wir Strom verbrauchen – und wofür nicht?“ (Vetter, 2014, Seite 14).

WIBeN – Unternehmenskooperation im Westerwald

Im Sommer 1984 reiste eine Gruppe engagierter junger Menschen aus dem Westerwald nach Oberursel bei Frankfurt am Main und besuchte die Projektemesse „Ökologisch leben, friedlich

arbeiten in einer selbstbestimmten Gesellschaft“. Diese fand auf dem Gelände der ASH Krebzmühle statt – ASH stand für „Arbeiterselbsthilfe“, die damals ein selbstverwaltetes Lebens- und Arbeitsprojekt war. Menschen aus mehr als 200 Kollektivbetrieben und Projekten diskutierten auf der Messe über den Aufbau gemeinsamer Strukturen. Inspiriert von der Messe wollten die Westerwälder*innen in ihrer Region etwas Ähnliches organisieren.

Sie führten im folgenden Jahr eine eigene Projektemesse durch, an der sich etwa 30 ökologische und genossenschaftliche Betriebe und Projekte aus der Region beteiligten. Daraus entstand das „Westerwälder Initiativen- und Betriebe-Netz“ (WIBeN), in dem heute etwa 90 Selbstständige und Kleinunternehmen aus Handwerk und Handel, Medien und Beratung, Gesundheit und Bildung zusammenarbeiten. WIBeN ist ein kreativer Humus, auf dem vielfältigste Projekte gedeihen können – sofern sich genügend Verantwortliche dafür finden. Zuerst entstand das Bildungs- und Kulturzentrum „Haus Felsenkeller“, später gründeten einige Mitglieder eine Energiegenossenschaften und einen Regionalladen. Der Solidarität nach innen dient zum Beispiel ein Feuerwehrfonds für Notfälle. Nach außen ist einem Teil der Mitglieder bis heute auch politisches Engagement wichtig, unter anderem gegen Atomkraftwerk und industrialisierte Landwirtschaft, sowie in der Flüchtlingssolidarität. (vgl. Voß, 2015-3)

Riace – ein Willkommensdorf in Kalabrien

Ein Beispiel für lokale Solidarität mit globaler Perspektive ist der kleine Ort Riace in Süditalien am Meer. Seit 1998 sind dort Flüchtlinge willkommen, werden gebeten zu bleiben und Teil der Dorfgemeinschaft zu werden. Auf Initiative des Bürgermeisters Domenico Lucano entstand der Verein „Città Futura“ (Stadt der Zukunft), der Flüchtlingen kostenlos leerstehende Häuser anbietet, sowie Sprachkurse und Beschäftigungsmöglichkeiten. Das schrumpfende und überalterte Fischerdorf bekam so wieder junge Mitbewohner*innen, die von der Schließung bedrohte Schule konnte weiter bestehen. So hilft die Hilfe auch den Helfenden. (vgl. Fersterer, 2010)

Riace wurde zum Vorbild für andere Orte der Region, und bekam auch internationale Aufmerksamkeit, nicht zuletzt durch den Kurzfilm „Il Volo“ (der Flug), den Wim Wenders 2010 über Riace drehte. Jedoch ist auch hier nicht alles perfekt. So müssen zum Beispiel viele Flüchtlinge weiterziehen, wenn die Fördermittel, die der italienische Staat für eine begrenzte Zeit zahlt, ausgelaufen sind. Manchen gelingt es aber, sich eine eigene ökonomische Existenz in Riace aufzubauen. (Kerner, 2015)

Alternative Regionalentwicklung?

Beispiele wie WIBeN oder Riace zeigen, wie es Menschen vor Ort gelingt, im gemeinsamen solidarischen Zusammenwirken ihre jeweiligen Lebensbedingungen zu gestalten. Angesichts immer mehr verlassener ländlicher Regionen stellt sich die Frage, ob nicht eine alternative, auf Selbstorganisation ausgerichtete Regionalentwicklung das Potential hätte, dem Entvölkerungstrend etwas entgegen zu setzen. Im brandenburgischen Golzow konnte dank Flüchtlingskindern die Schließung der Grundschule verhindert werden (Klovert, 2015). Einige Bürgermeister*innen in kleinen ostdeutschen Orten wie Friedland in Mecklenburg-Vorpommern (Müchler, 2015) oder Hettstedt in Sachsen-Anhalt (Gerlach, 2016) hoffen, dass wenigstens einige der ihnen zugewiesenen Flüchtlinge bleiben, auch wenn sie einen sicheren Aufenthaltsstatus haben, damit der Ort nicht weiter schrumpft.

Die aktuell immer häufiger gestellte Frage, ob nicht Flüchtlinge verstärkt in ostdeutschen Schrumpfungsregionen angesiedelt werden sollten, wäre jedoch meines Erachtens erst dann sinnvoll zu diskutieren, wenn sie nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg, sondern gemeinsam mit ihnen erörtert würde. Im Projekt „Willkommenstädte“ der Bauhaus-Universität Weimar untersuchten deutsche und arabische Studierende in sechs Orten in Thüringen die jeweiligen Möglichkeiten und

Herausforderungen. Frank Eckardt, der das Projekt seitens der Universität verantwortete, stellt fest: „Wer Flüchtlinge im Osten halten will, muss die freistehenden Gebäude und die leeren Landschaften auch als Chance verstehen, kreative Lösungen für das Zusammenleben zu suchen, alte Konfliktlinien zu überwinden und eine neue Übereinkunft für ein gutes Leben in der eigenen Stadt zu finden.“ (Eckardt, 2010, Seite 16)

Was für schrumpfende Städte gilt, könnte ebenso für den ländlichen Raum weitergedacht werden. Denn es ist kein Naturgesetz, dass alle Menschen unbedingt in Städten leben wollen. Oft zwingt auch die Perspektivlosigkeit zum Verlassen der Dörfer. Ausgehend von Schweden und Norwegen formiert sich seit den 1990er Jahren eine europäische Dorfbewegung, die eine gemeinsame Interessenvertretung anstrebt. Ein Europäisches Dorfparlament hat im November 2015 im Österreichischen Schärding getagt und ein Manifest verabschiedet, in dem die Unterstützung der Regierungen und europäischen Institutionen eingefordert wird, um den Niedergang der Dörfer umzukehren (European Rural Parliament, 2015). Auch darin findet sich der Wunsch nach Integration von Flüchtlingen, als Teil einer insgesamt wünschenswerten und zukunftsfähigen Dorfentwicklung. Aus Deutschland war das Brandenburgische Netzwerk für Lebendige Dörfer vertreten.

Weitere Diskursfelder lokalen und regionalen Wirtschaftens

Commons

Wenn Menschen gemeinschaftlich Ressourcen bewirtschaften – Land oder Gewässer, technische Anlagen oder Wissen – und wenn sie sich dafür Regeln geben, dann werden die Ressourcen zu Commons und die Menschen zu Commoners. So etwa beschrieb es die US-amerikanische Wissenschaftlerin und Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom (1933–2012), die über viele Jahre erforschte, wie es Gemeinschaften gelingt, diese Nutzung so zu organisieren, dass die Ressourcen vor Übernutzung und Zerstörung bewahrt werden und dauerhaft für ihre Mitglieder zur Verfügung stehen. Der Begriff „Commons“ wird häufig mit „Gemeingüter“ übersetzt. Ich spreche eher von „gemeinsamen Gütern“, weil es ja um gemeinschaftliche Nutzung geht, während nach meinem Verständnis der Begriff „Gemeingüter“ recht nah an „Allgemeingütern“ ist, also eher solche Ressourcen meint, die „allen“ zur Verfügung stehe, was von Elinor Ostrom ausdrücklich nicht gemeint war. Commons sind der früheren Allmende ähnlich, gemeinschaftlich genutztem Weideland oder Wäldern, die oft aufgrund traditioneller Rechte allen Ortsansässigen zur Nutzung zur Verfügung standen. Commons umfassen heute auch gemeinschaftlich genutzte technische oder Wissensressourcen.

Aus ihren Forschungsergebnissen formulierte Elinor Ostrom eine Reihe von Prinzipien für erfolgreiches Commoning, die sich sowohl in kleinen, lokalen Gruppen (zum Beispiel in Dorfgemeinschaften mit gemeinsamer Landnutzung, der klassischen Allmende), als auch in großen, teils sogar internationalen Gemeinschaften (zum Beispiel Meeresanrainerstaaten) bewährt haben. Dafür wurde ihr im Jahr 2009 der Wirtschaftsnobelpreis verliehen. Wichtig ist nach Ostrom zum Beispiel eine klare Grenze zwischen Commoners, also Nutzungsberechtigten, und Nicht-Commoners. Regeln über die Nutzung der gemeinsamen Ressourcen sind ebenso wichtig wie Sanktionen bei Verstößen gegen diese Regeln. Und besonders stabil werden Commons dann, wenn sie fehlerfreundlich mit „polyzentrischer Governance“ organisiert werden, also wesentliche Regelungen an mehreren Stellen vorgenommen und überwacht werden, so dass bei einem Fehler oder Ausfall an einer Stelle dieser leicht kompensiert werden kann (Ostrom, 2011).

Degrowth

Degrowth meint Wachstumsrücknahme und knüpft an die Studie „Die Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome an (Meadows u.a., 1972). Die aktuelle Degrowth-Bewegung kommt aus Frankreich. Sie möchte der zerstörerischen Ausbeutung natürlicher Ressourcen einen alternativen Gesellschaftsentwurf entgegensetzen, der auf lokalem Wirtschaften basiert. Die beiden großen Konferenzen in Deutschland zu diesem Thema – im Mai 2011 an der TU Berlin und im September 2014 an der Universität Leipzig – wurden von Interessierten geradezu überrannt. Neben Degrowth sind weitere Begriffe gebräuchlich, zum Beispiel Wachstumskritik, Decroissance, Postwachstum oder Entwachstum – die Diskurse kommen aus unterschiedlichen inhaltlichen und politischen Richtungen. Frühe Theoretiker einer Wachstumsbeschränkung waren der Wirtschaftswissenschaftler Nicholas Georgescu-Roegen (1906–1994), der sich mit der Übertragbarkeit naturwissenschaftlicher Erkenntnisse auf die Wirtschaftswissenschaft beschäftigte, sowie der arbeitskritische Philosoph André Gorz (1923–2007). Auch der Philosoph und Theologe Ivan Illich (1926–2002) trug mit seiner Kritik an Technik und Expertentum wichtige Gedanken bei. Insbesondere prägte er den Begriff Konvivialität, der ein gutes Zusammenleben meint. 2013 erschien in Frankreich „Das konvivialistische Manifest“ (Manifeste Convivialiste), das von fast 40 Philosoph*innen und Sozialwissenschaftler*innen verfasst, und 2014 ins Deutsche übersetzt wurde. Es möchte Alternativen zur weltweiten Gewalt und Naturzerstörung aufzeigen und wendet sich „gegen die spekulativen Auswüchse der Finanzwirtschaft, die Hauptursache der kapitalistischen Maßlosigkeit“ (Les Convivialistes, 2014, Seite 69) ohne ausdrücklich antikapitalistisch zu sein. Die Suche nach einem Konvivialismus sehen die Autor*innen unter anderem in Bürger*innenrechts- und globalisierungskritischen Bewegungen, Sozialwirtschaft und Solidarischer Ökonomie, Care, Commons und partizipativer Demokratie. Sie betonen: „Damit diese wertvollen Initiativen in der Lage sind, der tödlichen Dynamik unserer Zeit mit hinreichender Kraft entgegenzuarbeiten und nicht in die Rolle des bloßen Protests oder einer Notlösung abgedrängt werden, ist es notwendig, ihre Kräfte und Energien zu bündeln und ihre Gemeinsamkeiten hervorzuheben.“ (a.a.O., Seite 47)

Care

Unter Care oder Sorgearbeit werden lebensnotwendige Tätigkeiten verstanden, die unmittelbar von Menschen für andere Menschen ausgeübt werden. Dazu gehört die Betreuung von Kindern, die Bildungsarbeit, die Versorgung mit Nahrung, die Pflege von kranken und alten Menschen oder die Unterstützung von Menschen mit Behinderungen. Der Begriff unterscheidet nicht zwischen bezahlten und unbezahlten Arbeiten. Er wird vor allem in feministischen Diskussionen verwendet (Winker, 2015). Aus der Aktionskonferenz „Care Revolution“ unter dem Motto „Her mit dem guten Leben – für alle weltweit!“ im März 2014 in Berlin entstand ein gleichnamiges Bündnis.

Bereits in den 1970er Jahren entwickelte die Kölner Soziologieprofessorin Maria Mies gemeinsam mit der Innsbrucker Politikprofessorin Claudia von Werlhof sowie der Ethnologin und Soziologin Veronika Bennholdt-Thomsen die Bielefelder Subistenzperspektive. Einer Wirtschaft, die vom Zweck beherrscht ist, Waren für den Markt zu produzieren, setzen sie die Vorstellung einer alternativen Wirtschaft entgegen, in der „die Natur, die Frauen und andere Völker nicht zugunsten anderer und der abstrakten Vorstellung von Fortschritt kolonisiert und ausgebeutet werden“, und die „in einem großen Ausmaß selbstversorgend“ sein müsse (Mies, 1989, Seite 12).

Im Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften diskutieren bereits seit 1992 Sozial- und Naturwissenschaftlerinnen und Ökonomen über „ein Verständnis von Wirtschaft und wirtschaftlichen Zusammenhängen, für das die drei Prinzipien Vorsorge, Kooperation und Orientierung am für das Gute Leben Notwendigen handlungsleitend sind.“ (www.vorsorgendeswirtschaften.de/idee.html). Ihre Ergebnisse legten sie zuletzt in dem Buch „Wege Vorsorgenden Wirtschaftens“ vor, das 2014 bereits in zweiter Auflage erschien.

Abschließende Überlegungen

Lokales und regionales Wirtschaften kann – sowohl begrifflich als auch als Sachverhalt – für fast beliebige politische Zielsetzungen in Anspruch genommen werden. Wie bei vielen aktuellen Alternativ-Trends kommt es darauf an, die Perspektive derjenigen, die für diese Wirtschaftsweise eintreten, und deren Interessenlage in den Blick zu nehmen. Dabei lassen sich drei Grundströmungen identifizieren. Die eine kann mit kritikloser Bezugnahme auf Raum, Heimat und Gemeinschaft als Heilslehre in Krisenzeiten anschlussfähig sein für politisch rechte bis rechtsextreme Positionen. Das bedeutet meines Erachtens keineswegs, dass die Wertschätzung für Lokales und Regionales hier missbraucht wird, sondern sie ist konstituierender Bestandteil dieser politischen Auffassungen. Die andere setzt lokales und regionales Wirtschaften marketingstrategisch ein, um an gesättigten Märkten Konkurrenzvorteile zu erzielen. Hier steht der Tauschwert zwecks Profiterzielung im Vordergrund, und es überwiegt eine Top-Down-Organisationsstruktur von Unternehmen oder Verbänden. Nicht zu unterschätzen sind jedoch, als dritte Strömung, emanzipatorische Ansätze gemeinschaftlicher Selbsthilfe. Diese entsteht eher aus Mangelsituationen, mitunter jenseits des Marktes, und ist auf den Gebrauchswert ausgerichtet. Statt Gewinnmaximierung reicht hier die Kostendeckung aus. Im Vordergrund stehen soziale Beziehungen, die Organisation erfolgt eher bottom-up.

Das lebendige Leben ist jedoch weitaus vielfältiger. Insofern werden sich in real existierenden lokalen und regionalen Zusammenhängen unendlich viele unterschiedliche Spielarten alternativen Wirtschaftens finden, die sich jeweils irgendwo im weiten Feld zwischen den drei genannten Grundströmungen verorten lassen. Es empfiehlt sich daher, allen Lösungsvorschlägen für Krisenerscheinungen mit kritischer Wachsamkeit zu begegnen, insbesondere wenn sie laut und selbstgewiss vorgetragen werden. Wo ein „wir“ oder „wir müssen“ gefordert wird, liegt die Frage nahe, wer mit „wir“ gemeint ist – und wer nicht? Aus welcher Perspektive und mit welcher Legitimation wird diese Aufforderung formuliert? Heilslehren, Ein-Punkt-Lösungen und einfachen Antworten auf komplexe Fragen misstraue ich grundsätzlich, auch wenn ich mir bewusst bin, dass mit zunehmender Komplexität immer mehr Menschen aus dem Diskurs ausgeschlossen werden. Diese Sachverhalte mit den ihnen innewohnenden Ambivalenzen und Widersprüchen zu formulieren, ohne sich abgehoben und klassistisch einzuigeln, halte ich für eine große Herausforderung.

Hilfreich für mein eigenes Verständnis ist mir eine Haltung im Sinne des zapatistischen „fragend schreiten wir voran“: Anzuerkennen, dass es viele Wege gibt, und dass sie alle Versuche sind, dass heute keine*r genau wissen kann, wo es lang geht und wie die Welt wirklich besser werden kann – für alle, nicht nur für privilegierte Mittelschichtsangehörige im globalen Norden. Daraus folgt eine emanzipatorische, globalsolidarische und kämpferische Perspektive, auch wenn diese mitunter im Bekenntnishaften verharret, weil sich ihre Umsetzung nicht immer und unmittelbar ermöglichen lässt. Im gemeinsamen solidarwirtschaftlichen und kämpferischen Tun vor Ort und im gemeinsamen Reflektieren erweist sich letztlich die Tragfähigkeit ökonomischer Alternativen. Ebenso wichtig wie ihr wirtschaftliches und politisches Gelingen ist dabei die soziale, zwischenmenschliche Seite. Denn wirtschaftliche Selbsthilfe basiert wesentlich auf menschlichen Beziehungen, nicht auf Geld. Daher stellt die Kultur der Kooperation ebenfalls eine der großen Herausforderungen anderen, solidarischen Wirtschaftens dar (Voß, 2012-2).

In diesem Beitrag habe ich Eigenzitate nicht kenntlich gemacht. Für diese Veröffentlichung habe ich sie teilweise sprachlich überarbeitet, und verweise auf die jeweils zugrunde gelegten Texte. Darüber hinaus habe ich einige Passagen meines „Wegweiser Solidarische Ökonomie ¡Anders Wirtschaften ist möglich!“ (2015-4) verwendet, sowie Textstellen aus dem „Glossar: Solidarische Ökonomie“ (2015-5).

Literatur

- Amadeu Antonio Stiftung (2014): Völkische Siedler/innen im ländlichen Raum. Basiswissen und Handlungsstrategien, Berlin: www.amadeu-antonio-stiftung.de/voelkische-siedler.
- Banzhaf, Anja (2016): Saatgut – Wer die Saat hat, hat das Sagen, München.
- Birkhölzer, Karl (2000): Formen und Reichweiten Lokaler Ökonomien, in: Harald Ihmig (Hrsg.): Wochenmarkt und Weltmarkt. Kommunale Alternativen zum globalen Kapital, Bielefeld.
- Cecosolesa (2013): Auf dem Weg. Gelebte Utopie einer Kooperative in Venezuela, Berlin, 4. Aufl.
- Chipakupaku, Norman (2008): People's economy in Afrika, in: Giegold, Sven und Embshoff, Dagmar (Hrsg.): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus, VSA Verlag, Hamburg: www.vsa-verlag.de/uploads/media/VSA_Giegold_ua_Solidarische_Oekonomie_komplett.pdf.
- Eckardt, Frank (2015): Flüchtlinge nach Ostdeutschland? In: Blätter für Deutsche und Internationale Politik, Berlin, 12/2015.
- Eder, Hans (2003): Der 'Faktor C'. Kern einer anderen Wirtschaft, Gesellschaft und Zivilisation..., in: SoliTat 42, Internationale Solidarität, Salzburg: www.intersol.at/fileadmin/Soliatat/solitat42.pdf.
- European Rural Parliament (2015): Europäisches Ländliches Manifest, Schärding, 06.11.2015: <http://europeanruralparliament.com>.
- Fersterer, Matthias (2010): Hort der Ankunft – Riace, das Dorf der Flüchtlinge, in Oya 4/2010: <http://www.oya-online.de/article/read/168.html>.
- Gebauer, Thomas (2015): Resilienz & neoliberale „Eigenverantwortung“, Vortrag auf dem Kongress der Neuen Gesellschaft für Psychologie: Krieg um die Köpfe – Der Diskurs der „Verantwortungsübernahme“, Berlin, 05.-08. März 2015: www.medico.de/resilienz-neoliberale-eigenverantwortung-15984.
- Gerlach, Thomas (2016): CDU-Bürgermeister will mehr Flüchtlinge – Wenn zehn Familien bleiben würden, in: taz, 21.03.2016: <http://www.taz.de/CDU-Buergermeister-will-mehr-Fluechtlinge/!5287935>.
- Hartmann, Kathrin (2009): Ende der Märchenstunde – Wie die Industrie die Lohas und Lifestyle-Ökos vereinnahmt, München.
- Kerner, Regina (2015): Flüchtlinge im italienischen Riace – Das Dorf des Willkommens, in: Berliner Zeitung 29.09.2015: <http://www.berliner-zeitung.de/fluechtlinge-im-italienischen-riace-das-dorf-des-willkommens-22555666>.
- Klöck, Tilo (Hrsg., 1998): Solidarische Ökonomie und Empowerment – Jahrbuch Gemeinwesenarbeit 6, Neu-Ulm.
- Klovert, Heike (2015): Flüchtlinge retten Grundschule: Syrische Kinder für Golzow, in: Spiegel Online, 10.09.2015: <http://www.spiegel.de/schulspiegel/kinder-von-golzow-fluechtlinge-retten-grundschule-a-1052017.html>.
- Latza, Jan (2012): Demokratischer Strom? Das Beispiel Sacramento, in: Luxemburg 11, 1/2012, Berlin: http://www.zeitschrift-luxemburg.de/wp-content/uploads/LUX_1201_Latza.pdf.
- Les Convivialistes (2014): Das konvivialistische Manifest, Bielefeld, online: www.transcript-verlag.de/978-3-8376-2898-2/Das-konvivialistische-Manifest.
- Meadows, Dennis u.a. (1972): Die Grenzen des Wachstums – Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Reinbek (bei Hamburg).
- Mies, Maria (1989): Patriarchat und Kapital – Frauen in der internationalen Arbeitsteilung, Zürich, 2. Aufl.
- Müchler, Benno (2015): Friedland – Eine Stadt kämpft um mehr Flüchtlinge, in: Die Welt, 25.08.2015: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article145549432/Friedland-Eine-Stadt-kaempft-um-mehr->

[Fluechtlinge.html](#).

Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften (Hrsg., 2014): Wege Vorsorgenden Wirtschaftens, Marburg, 2. Aufl.

Ostrom, Elinor (2011): Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter, Hrsg. Silke Helfrich, München.

Schrot und Korn (2015): Pro&Kontra: Ist regional das neue Bio? Nr. 4/2015: <http://schrotundkorn.de/ernaehrung/lesen/prokontra-ist-regional-das-neue-bio.html>

Schulze, Hagen (1983): Gesellschaftskrise und Narrenparadies, in Ulrich Linse: Barfüßige Propheten. Erlöser der zwanziger Jahre, Berlin.

Vetter, Andrea (2014): Kompass für nützliche Dinge, Oya 24/2014: www.oya-online.de/article/read/1171-kompass_fuer_nuetzliche_dinge.html.

Voß, Elisabeth (2012-1): Kommunal oder genossenschaftlich? Neue Energie für Berlin – aber wie? In: Contraste 333/2012: <https://de.groups.yahoo.com/neo/groups/contrastelist/conversations/messages/18571>.

Voß, Elisabeth (2012-2): Kultur der Kooperation – Freiräume und andere Missverständnisse, in: workstation ideenwerkstatt berlin e.V.: von grasmöbeln, 1€-jobs und anderem, Neu-Ulm: <http://elisvoss.de/2012-wk-KdK-elisvoss.pdf>.

Voß, Elisabeth (2014): Landgrabbing in Deutschland – Investoren eignen sich Ackerland an, in: Oya 26/2104: http://www.oya-online.de/article/read/1304-landgrabbing_in_deutschland.html.

Voß, Elisabeth (2015-1): „Inflationsheilige“ und „Kohlrabi-Apostel“, Rezension des Ausstellungskatalogs: Einfach. Natürlich. Leben. Lebensreform in Brandenburg 1890 – 1939, in: RLS-Blog: <http://www.rosalux.de/news/41712>.

Voß, Elisabeth (2015-2): Gründet Genossenschaften! In: taz, 04.09.2015: <http://taz.de/Debatte-Alternatives-Wirtschaften!/5228023>.

Voß, Elisabeth (2015-3): Solidarisch und regional – Beim Westerwälder Initiativen- und Betriebe-Netz „WiBeN“ wird gegenseitige Unterstützung großgeschrieben – und das schon seit 30 Jahren! Oya 34/2015: http://www.oya-online.de/article/read/2051-solidarisch_und_regional.html.

Voß, Elisabeth (2015-4): Wegweiser Solidarische Ökonomie | Anders Wirtschaften ist möglich!, Neu-Ulm.

Voß, Elisabeth (2015-5): Glossar: Solidarische Ökonomie – Anderes Wirtschaften hat viele Gesichter, in Oya 34/2015: <http://www.oya-online.de/article/read/2035-.html>.

Winker, Gabriele (2015): Care Revolution – Schritte in eine solidarische Gesellschaft, Bielefeld.

Elisabeth Voß arbeitet als freiberufliche Publizistin und Betriebswirtin in Berlin zu Ideen und Praxen alternativer, genossenschaftlicher, sozialer und solidarischer Wirtschaftsweisen. 2015 hat sie den „Wegweiser Solidarische Ökonomie - | Anders Wirtschaften ist möglich!“ in einer 2. aktualisierten und wesentlich erweiterten Auflage verfasst. Sie kann sich für die vielen Keimformen anderen Wirtschaftens begeistern und schätzt gleichzeitig eine kritische Perspektive, gerade bei der Beschäftigung mit den Themen und Projekten, die ihr besonders am Herzen liegen. www.elisabeth-voss.de

Der Text basiert auf einem Vortrag, den die Autorin am 02.06.2015 im Rathaus Erfurt im Rahmen der Ringvorlesung „Globale Herausforderungen - Regionale Entwicklungen“ der Fachhochschule Erfurt gehalten hat.